

**11**  
Der Rechnungshof ist derzeit auf die Angaben der Parteien und ihrer Wirtschaftsprüfer beschränkt. Wir können nicht in die Bücher Einsicht nehmen und die finanzielle Situation prüfen.

Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker



**Mehr Infos auf krone.at**

➤ Rechnungshof will mehr Befugnisse bei der Überprüfung

## Strengere Kontrollen

Der Rechnungshof will Parteien an die kürzere Leine nehmen. Dessen Präsidentin Margit Kraker fordert, deren Finanzen kontrollieren und Strafen verhängen zu können. Zurückhaltend gibt sich die ÖVP, SPÖ und FPÖ wollen eine Spendenobergrenze, Neos, Liste Jetzt und Grüne sind Feuer und Flamme.

Die Ibiza-Affäre hat auch Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker auf den Plan gerufen. Sie fordert schärfere Transparenzregeln für Parteien und Vereine. Ein Fünf-Punkte-Plan sieht vor, dass der Rechnungshof die Bücher der Parteien kontrollieren

dürfen soll. Strengere Auflagen schweben Kraker für Vereine, Komitees und parteiliche Organisationen vor – sie sollen Spenden an Parteien melden müssen.

Außerdem soll der Rechnungshof künftig Strafen verhängen können. Parteien sollen auch verpflichtet werden, einen Wahlkampfkostenbericht vorzulegen – und zwar spätestens drei Monate nach der Wahl. Die Auszahlung der Parteienförderung soll vom Kanzleramt ins Parlament verlagert werden.

**Großparteien uneinig, Kleinparteien begeistert**

Bei den Parteien stoßen diese Vorschläge auf gemischte Reaktionen. Bundes-

von Parteifinanzien ➤ Gesetzesverschärfung notwendig ➤ Fraktionen gespalten

## und schärfere Sanktionen

kanzler Sebastian Kurz spielen den Ball an das Parlament weiter. Außerdem betonte Kurz, dass es mehr Transparenzbestimmungen brauche und die ÖVP in einigen Punkten gesprächsbereit sei. FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz kann sich für die Vorschläge nicht erwärmen.

**Mehrere Vorschläge für Spendenobergrenze**

Allerdings zeigen sich die Freiheitlichen für verschärfte Regeln bei Parteispenden offen. Der designierte Parteichef Norbert Hofer fordert eine Spendenobergrenze von 3500 Euro. Dafür hatte sich zu Jahresbeginn auch schon FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky in der „Krone“

ausgesprochen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda plädiert für eine Obergrenze von 10.000 Euro pro Spende beziehungsweise

200.000 Euro pro Spender und Wahlkampf.

Neos, Liste Jetzt und Grüne wiederum sind Feuer und Flamme für die Vorschläge

Krakers. Die drei kleinen Parteien haben sich zuletzt schon dafür ausgesprochen, das Parteiengesetz zu verschärfen. **SAS**

Innenminister nimmt Entscheidungen nach Video zurück

## Korrigiert: 1,50-Euro-Lohn

Der neue Innenminister Eckart Ratz hat die Entscheidungen seines Vorgängers Herbert Kickl, der sich nun mit Parteichef Norbert Hofer den FPÖ-Klubvorsitz teilt, hatte die Anweisung in letzter Minute vor seiner Entlassung gegeben. Abberufen wird auch Peter Goldgruber, den der blaue Ex-Innenmi-

nister noch rasch zum Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit machen wollte. Schon Bundespräsident Alexander Van der Bellen lehnte die Bestellung ab. Neuer interimistischer Generaldirektor wird Franz Lang, Chef des Bundeskriminalamts.

➤ Beim „freien Spiel der Kräfte“ im Parlament könnte es zu teuren Beschlüssen

## Nun droht der große Basar für

Schon bald wird im Nationalrat mangels Koalition mit fliegenden Mehrheiten abgestimmt – und das weckt Erinnerungen an Wahlzuckerl-Schlachten der jüngeren Vergangenheit. Damit die Budgets der kommenden Jahre nicht aus Wahlkampfgründen belastet werden, schlägt ein Experte nun ein Spar-Abkommen vor.

Es war der 24. September 2008, als das Geld und die Vernunft im Hohen Haus für eine Nacht abgeschafft waren: In einer einzigen Parlamentsitzung wenige Tage vor der Nationalratswahl wurde im „freien Spiel der Kräfte“ ein Wahlzuckerl nach dem anderen beschlossen. Bis kurz nach vier Uhr paktierte der wildgewordene Nationalrat unter anderem Pensionserhöhungen, ein Pflegegeld-Plus, die Verlängerung der Hacklerregelung und die Abschaffung der Studiengebühren. Jahre später behauptete Ex-Finanzminister Hans Jörg Schelling, dass sich die Kosten dieser Nacht

über die Folgejahre auf bis zu 30 Milliarden Euro aufsummierten. Viel gelernt hat man übrigens nicht daraus: Kurz vor der Wahl 2017 beschlossen ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne das Pflegeregress-Ende – was sich als teuer und unausgegoren herausstellen sollte.

Heuer wird wieder im Herbst gewählt; und wieder droht im „freien Spiel der Kräfte“ ein Basar. „Ich fürchte, dass wieder einige mit Kosten verbundene Anträge gestellt werden könnten“, sagt Parlamentsexperte Werner Zögernitz zur „Krone“. „Das wäre schade, denn die Budgets kommen-

der Jahre könnten enorm belastet werden.“ Nicht zuletzt geriete das angepeilte Nulldefizit in Gefahr. Und die Verlockung der Parteien, mit Zuckerln wahlzuwerben, ist angesichts nicht gerade prall gefüllter Parteikassen heuer ungemein groß.

Bestrebungen, ein Gesetz gegen teure Beschlüsse kurz vor einer Wahl zu formulieren, sind bislang immer gescheitert. Zögernitz hat – wie mittlerweile auch die Neos – einen anderen Vorschlag: „Die Parteien könnten jetzt in einer Art Selbstverpflichtung vereinbaren, nur dann teure Beschlüsse zu fassen, wenn es – etwa aufgrund einer Katastrophensituation – absolut notwendig ist.“ **KK**

Werden Hofer, Rendi-Wagner und Kurz der Versuchung teurer Wahlzuckerln erliegen?

kommen ➤ Experte schlägt Pakt vor

## Wahlzuckerln



**11**  
Die Parteien könnten sich verpflichten, in einer gewissen Zeitspanne vor der Wahl wenn möglich keine Beschlüsse zu fassen, die mit hohen Kosten verbunden sind.

Parlamentsexperte und Ex-ÖVP-Klubdirektor Werner Zögernitz

